

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/202258]

**21. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Einrichtung des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung
"Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft"**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 1, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988, 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juni 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekretes vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 29. August 2019 zur Bestellung des Delegierten des Haushaltsministers beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft";

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. September 2023 zur Bestellung eines Regierungskommissars beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Protokolls Nr. S4/2023 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Mai 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Pensionsministers vom 24. Mai 2023;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 112/2023 der Datenschutzbehörde vom 18. Juli 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. Dezember 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 15. Dezember 2023;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass zum 1. Januar 2024 das Dekret vom 13. November 2023 zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses in Kraft tritt; dass mit der Umwandlung des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung die Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" sowie weitere Bestimmungen im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung derart angepasst werden müssen, dass sie den Rahmen für ein reibungsloses Funktionieren des Dienstes gewährleisten; dass diese Anpassung im Hinblick auf die Rechtssicherheit und die Kontinuität des öffentlichen Dienstes ebenfalls zum 1. Januar 2024 greifen müssen, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In Erwägung des Gutachtens des Verwaltungsrats des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. April 2023;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 25. April 2023;

In Erwägung des Dekrets vom 13. November 2023 zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — EINRICHTUNG DES DIENSTES MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Artikel 1 - Die Überschrift des Erlasses der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" wird wie folgt ersetzt:

"Erlass der Regierung zur Organisation des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft""

Art. 2 - In Artikel 1 desselben Erlasses wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Das Arbeitsamt entspricht einem Dienst mit getrennter Geschäftsführung im Sinne von Artikel 74 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft."

Art. 3 - Artikel 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 2 - Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anwendung der gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung, insbesondere im Sinne des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung.

Das Arbeitsamt nimmt das Sekretariat des Verwaltungsausschusses für den Bereich Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung wahr."

Art. 4 - Artikel 3 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 3 - § 1 - Die allgemeine Leitung, die Verwaltung und die Vertretung des Arbeitsamtes werden durch einen von der Regierung bestimmten Direktor wahrgenommen.

Vorbehaltlich der anwendbaren dienstrechtlichen Bestimmungen ist der Direktor befugt, über die interne Organisation des Arbeitsamtes zu entscheiden und den Bediensteten des Arbeitsamtes sämtliche Anweisungen zu erteilen, die das gute Funktionieren des Dienstes sicherstellen.

Der Direktor gibt den im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung tätigen Gremien alle Auskünfte und unterbreitet ihnen alle Vorschläge, die für Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung nützlich sind.

Der Direktor gilt von Amtes wegen als Vertreter des von der Regierung bestimmten Dienstes im Verwaltungsausschuss für den Bereich Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung im Sinne von Artikel 13 Absatz 3 Nummer 2 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung.

Der Direktor erstellt den in Artikel 84.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft genannten Jahresbericht und fügt diesem einen Aktionsplan bei.

§ 2 - Neben der Mitarbeiterführung verwaltet der Direktor unter der Sachverantwortung des jeweils zuständigen Ministers und im Rahmen der ihm durch die Regierung erteilten Vollmachten die Kernprozesse und Unterstützungsprozesse des Arbeitsamtes.

Die in Absatz 1 aufgeführten Kernprozesse umfassen insbesondere folgende Befugnisse:

1. die fachbezogene Konzeptarbeit;
2. die strategische Gesamtausrichtung des Dienstes;
3. die Weiterentwicklung der Regelsetzung;
4. die Auftragsvergabe für Lieferungen und Dienstleistungen;
5. die Organisation und Aufsicht der eigenen Dienstleistungen;
6. das Beschwerdemanagement.

Die in Absatz 1 aufgeführten Unterstützungsprozesse umfassen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder durch die Schaffung gemeinsamer Dienste insbesondere folgende Befugnisse:

1. die Haushalts- und Finanzbuchhaltung;
2. die Kommunikationsdienstleistungen;
3. die Personaldienstleistungen;
4. die Infrastrukturdienstleistungen;
5. die Dienstleistungen der Außenbeziehungen;
6. die juristischen Dienstleistungen;
7. die Dienstleistungen im Bereich Statistik und Audit;
8. die Gebäude- und Hausverwaltung."

KAPITEL 2 — VERSCHIEDENE ABÄNDERUNGSBESTIMMUNGEN

Art. 5 - Artikel 79 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 2 Absatz 6 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Gemeinschaftsminister" ersetzt;
2. in § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes" gestrichen;
3. in § 13 Absatz 1 wird die Wortfolge "nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes" gestrichen.

Art. 6 - In Artikel 7 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge "nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes" gestrichen.

Art. 7 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 26. November 2016 und vom 17. September 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird aufgehoben;
2. in Nummer 5 wird die Wortfolge ", so wie es durch das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wurde" gestrichen;
3. in Nummer 12 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
4. folgende Nummer 13 wird eingefügt:

"13. Verwaltungsausschuss: der Verwaltungsausschuss für den Bereich Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung."

Art. 8. In Artikel 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt kann" durch die Wortfolge "Der Minister kann nach vorherigem Gutachten des Verwaltungsausschusses" ersetzt.

Art. 9 - Im einleitenden Satz von Artikel 6 § 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister nach vorherigem Gutachten des Verwaltungsausschusses" ersetzt.

Art. 10 - Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird das Wort "Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Minister" ersetzt;
2. in Absatz 3 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister nach vorherigem Gutachten des Verwaltungsausschusses" ersetzt.

Art. 11 - In Artikel 11 Nummer 1 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. September 2020, wird die Wortfolge "vom Arbeitsamt vorgeschlagenen" durch die Wortfolge "vom Minister festgelegten" ersetzt.

Art. 12 - Im einleitenden Satz von Artikel 14 § 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. September 2020, wird die Wortfolge "auf Vorschlag des Arbeitsamtes" gestrichen.

Art. 13 - Artikel 15 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. September 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags beschließt der Minister nach vorherigem Gutachten des Verwaltungsausschusses, ob er eine Ausbildungsbeihilfe genehmigt oder nicht. Der Verwaltungsausschuss gibt sein Gutachten innerhalb von 35 Tagen nach Eingang des vollständigen Antrags beim Arbeitsamt ab. Das Arbeitsamt übermittelt dem Unternehmen den entsprechenden Beschluss."

2. Absatz 2 wird aufgehoben;

3. Absatz 3 wird aufgehoben;

4. in Absatz 4, der zu Absatz 2 wird, wird die Wortfolge "In dem in Absatz 3 erwähnten Fall" durch die Wortfolge "Im Falle einer Verweigerung der Genehmigung" ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 16 Nummer 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. September 2020, wird die Angabe "Artikel 15 Absatz 2" durch die Angabe "Artikel 15 Absatz 1" ersetzt und die Angabe "Artikel 15 Absatz 4" durch die Angabe "Artikel 15 Absatz 2" ersetzt.

Art. 15 - Artikel 1 Nummer 8 des Erlasses der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekretes vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler wird aufgehoben.

Art. 16 - In Artikel 4 Absatz 5 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird die Wortfolge "auf Vorschlag des Arbeitsamtes" gestrichen.

KAPITEL 3 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 17 - Werden aufgehoben:

1. der Erlass der Regierung vom 29. August 2019 zur Bestellung des Delegierten des Haushaltsministers beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

2. der Erlass der Regierung vom 7. September 2023 zur Bestellung eines Regierungskommissars beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 18 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Art. 19 - Der für das Personal zuständige Minister und der für Beschäftigung zuständige Minister werden, jeder für seinen Bereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 21. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/202258]

21 DECEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement instaurant le service à gestion séparée « Office de l'emploi de la Communauté germanophone »

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 1^{er}, modifié par les lois spéciales des 8 août 1988, 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1^{er}, modifié par la loi du 16 juin 1993;

Vu le décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 29 août 2019 portant désignation du délégué du Ministre du Budget auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2023 portant création du service « Office de l'emploi de la Communauté germanophone »;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2023 portant désignation d'un commissaire du Gouvernement auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S4/2023 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone du 12 mai 2023;
 Vu l'avis du Ministre des Pensions, donné le 24 mai 2023;
 Vu l'avis de l'Autorité de protection des données n° 112/2023, donné le 18 juillet 2023;
 Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 14 décembre 2023;
 Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 15 décembre 2023;
 Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};
 Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'au 1^{er} janvier 2024, le décret du 13 novembre 2023 instaurant un service à gestion séparée « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et portant dissolution de l'organisme d'intérêt public correspondant entre en vigueur; qu'avec la transformation de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en un service à gestion séparée, les dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2023 portant création du service « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » ainsi que d'autres dispositions dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement doivent être adaptées de telle sorte qu'elles garantissent le cadre nécessaire au bon fonctionnement du service; que ces adaptations doivent également prendre effet au 1^{er} janvier 2024 à des fins de sécurité juridique et de continuité du service public, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Considérant l'avis rendu le 19 avril 2023 par le Comité de gestion de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

Considérant l'avis rendu le 25 avril 2023 par le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Considérant le décret du 13 novembre 2023 instaurant un service à gestion séparée « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et portant dissolution de l'organisme d'intérêt public correspondant;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er}. — Instauration du service à gestion séparée

Article 1^{er}. L'intitulé de l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2023 portant création du service « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté du Gouvernement portant organisation du service à gestion séparée "Office de l'emploi de la Communauté germanophone" ».

Art. 2. L'article 1^{er} du même arrêté est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'Office de l'emploi correspond à un service à gestion séparée au sens de l'article 74 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. »

Art. 3. L'article 2 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 2 - L'Office de l'emploi est compétent pour l'application des dispositions légales, décrétales et réglementaires dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement, notamment au sens du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement.

L'Office de l'emploi assure le secrétariat du comité de gestion chargé de la promotion de l'emploi et du placement. »

Art. 4. L'article 3 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3 - § 1^{er} - La direction générale, l'administration et la représentation de l'Office de l'emploi sont assurées par un directeur désigné par le Gouvernement.

Sous réserve des dispositions statutaires applicables, le directeur est habilité à décider de l'organisation interne de l'Office de l'emploi et à donner aux agents de l'Office de l'emploi toutes les instructions qui assureront le bon fonctionnement du service.

Le directeur fournit tous les renseignements utiles aux organes actifs dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement et leur soumet toutes les propositions nécessaires pour les mesures à mettre en place dans ces domaines.

Le directeur est d'office considéré comme représentant du Service désigné par le Gouvernement au sein du comité de gestion chargé de la promotion de l'emploi et du placement au sens de l'article 13, alinéa 3, 2^o, du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement.

Le directeur établit le rapport annuel mentionné à l'article 84.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone et y joint un plan d'action.

§ 2 - Outre la gestion du personnel, le directeur gère les processus clés et les processus de soutien de l'Office de l'emploi sous la responsabilité du ministre respectivement compétent et dans le cadre des pouvoirs qui lui sont conférés par le Gouvernement.

Les processus clés mentionnés à l'alinéa 1^{er} comprennent notamment les compétences suivantes :

- 1° le travail conceptuel spécifique;
- 2° l'orientation stratégique globale du service;
- 3° le développement de la réglementation;
- 4° la passation de marchés pour les fournitures et les prestations;
- 5° l'organisation et le contrôle des propres prestations;
- 6° la gestion des réclamations.

Les processus de soutien mentionnés à l'alinéa 1^{er} comprennent notamment les compétences énumérées ci-après, en collaboration avec les départements compétents du Ministère de la Communauté germanophone ou moyennant la création de services communs :

- 1° la comptabilité budgétaire et financière;
- 2° les prestations de communication;
- 3° les prestations en ressources humaines;

- 4° les prestations d'infrastructure;
- 5° les prestations relatives aux relations extérieures;
- 6° les prestations juridiques;
- 7° les prestations de statistiques et d'audits;
- 8° la gestion des bâtiments et des immeubles. »

Chapitre 2. — *Dispositions modificatives diverses*

Art. 5. À l'article 79 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 2, alinéa 6, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre communautaire »;
- 2° dans le § 3, alinéa 2, les mots « sur avis émis par le comité de gestion de l'Office de l'emploi » sont abrogés;
- 3° dans le § 13, alinéa 1^{er}, les mots « , sur avis émis par le comité de gestion de l'Office de l'emploi, » sont abrogés.

Art. 6. Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « , sur avis du comité de gestion de l'Office de l'Emploi, » sont abrogés.

Art. 7. À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 26 novembre 2016 et 17 septembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 1° est abrogé;
- 2° au 5°, les mots « , tel que créé par le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone » sont abrogés;
- 3° au 12°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 4° l'article est complété par un 13° rédigé comme suit :
« 13° comité de gestion : le comité de gestion chargé de la promotion de l'emploi et du placement. »

Art. 8. Dans l'article 3 du même arrêté, les mots « dans son budget, l'Office de l'emploi peut, conformément au règlement, » sont remplacés par les mots « dans le budget de l'Office de l'emploi, le Ministre peut, sur avis préalable du comité de gestion et conformément au règlement, ».

Art. 9. Dans la phrase introductive de l'article 6, § 1^{er}, du même arrêté, les mots « l'Office de l'emploi peut » sont remplacés par les mots « le Ministre peut, sur avis préalable du comité de gestion, ».

Art. 10. À l'article 9 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le Ministre »;
- 2° dans l'alinéa 3, les mots « l'Office de l'emploi peut » sont remplacés par les mots « le Ministre peut, sur avis préalable du comité de gestion, ».

Art. 11. Dans l'article 11, 1°, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 septembre 2020, les mots « formulaire proposé par l'Office de l'emploi, l'entreprise lui confirme » sont remplacés par les mots « formulaire fixé par le Ministre, l'entreprise confirme à l'Office de l'emploi ».

Art. 12. Dans la phrase introductive de l'article 14, § 2, du même arrêté, modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 17 septembre 2020, les mots « Sur la proposition de l'Office de l'emploi, le Ministre » sont remplacés par les mots « Le Ministre ».

Art. 13. À l'article 15 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 septembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :
« Dans les quarante-cinq jours suivant la réception de la demande complète, le Ministre décide, sur avis préalable du comité de gestion, d'autoriser ou non une aide à la formation. Le comité de gestion émet son avis dans les trente-cinq jours suivant la réception de la demande complète par l'Office de l'emploi. L'Office de l'emploi transmet la décision correspondante à l'entreprise. »;
- 2° l'alinéa 2 est abrogé;
- 3° l'alinéa 3 est abrogé;
- 4° dans l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 2, les mots « Dans le cas mentionné à l'alinéa 3 » sont remplacés par les mots « En cas de refus d'autorisation ».

Art. 14. Dans l'article 16, 1°, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 septembre 2020, les mots « conformément à l'article 15, alinéa 2 » sont remplacés par les mots « conformément à l'article 15, alinéa 1^{er} » et les mots « conformément à l'article 15, alinéa 4 » sont remplacés par les mots « conformément à l'article 15, alinéa 2 ».

Art. 15. Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, le 8° est abrogé.

Art. 16. Dans l'article 4, alinéa 5, de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les mots « , sur proposition de l'Office de l'emploi, » sont abrogés.

Chapitre 3. — *Dispositions finales*

Art. 17. Sont abrogés :

1° l'arrêté du Gouvernement du 29 août 2019 portant désignation du délégué du Ministre du Budget auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

2° l'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2023 portant désignation d'un commissaire du Gouvernement auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone.

Art. 18. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Art. 19. Le Ministre compétent en matière de Personnel et le Ministre compétent en matière d'Emploi sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 décembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C – 2024/202258]

**21 DECEMBER 2023. — Besluit van de Regering tot oprichting van de dienst met afzonderlijk beheer
" Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap "**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988, 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, gewijzigd bij de wet van 16 juni 1993;

Gelet op het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

Gelet op het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus;

Gelet op het besluit van de Regering van 29 augustus 2019 tot aanwijzing van de gedelegeerde van de minister van Begroting bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 september 2023 tot aanwijzing van een commissaris van de Regering bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het protocol nr. S4/2023 van het sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 12 mei 2023;

Gelet op het advies van de minister bevoegd voor Pensioenen, gegeven op 24 mei 2023;

Gelet op advies 112/2023 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 18 juli 2023;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 14 december 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 15 december 2023;

Gelet op de wetten op de Raad van State gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1,

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid ingegeven is door het feit dat het decreet van 13 november 2023 tot oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer genaamd Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en tot ontbinding van de overeenkomstige instelling van openbaar nut in werking treedt op 1 januari 2024; dat de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap bij dat decreet wordt omgevormd tot een dienst met afzonderlijk beheer; dat het besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en andere bepalingen inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling bijgevolg moeten worden aangepast om het kader voor de goede werking van de dienst te waarborgen; dat die aanpassing met het oog op de rechtszekerheid en de continuïteit van de openbare dienst ook in werking moet treden op 1 januari 2024; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende het advies van het beheerscomité van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 19 april 2023;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 25 april 2023;

Overwegende het decreet van 13 november 2023 tot oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer genaamd Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en tot ontbinding van de overeenkomstige instelling van openbaar nut;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *OPRICHTING VAN DE DIENST MET AFZONDERLIJK BEHEER*

Artikel 1. Het opschrift van het besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt:

“Besluit van de Regering houdende organisatie van de dienst met afzonderlijk beheer Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap”.

Art. 2. Artikel 1 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De Dienst voor arbeidsbemiddeling is een dienst met afzonderlijk beheer in de zin van artikel 74 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.”

Art. 3. Artikel 2 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“Art. 2 – De Dienst voor arbeidsbemiddeling is bevoegd voor de toepassing van de wettelijke, decretale en reglementaire bepalingen inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling, in het bijzonder in de zin van het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling zorgt voor het secretariaat van het beheerscomité dat bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling.”

Art. 4. Artikel 3 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“Art. 3 – § 1 – Een door de Regering aangewezen directeur zorgt voor de algemene leiding, het beheer en de vertegenwoordiging van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

Onder voorbehoud van de toepasselijke rechtspositionele bepalingen is de directeur bevoegd om over de interne organisatie van de Dienst voor arbeidsbemiddeling te beslissen en de personeelsleden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling alle aanwijzingen te geven die de goede werking van de dienst waarborgen.

De directeur stelt de organen die advies geven inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling op de hoogte van alle informatie en legt alle voorstellen die nuttig zijn voor maatregelen inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling, aan hen voor.

De directeur geldt ambtshalve als vertegenwoordiger van de door de Regering bepaalde dienst in het beheerscomité dat bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling in de zin van artikel 13, derde lid, 2°, van het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling.

De directeur stelt het in artikel 84.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap bedoelde jaarverslag op en voegt daar een actieplan bij.

§ 2 – De directeur is niet alleen belast met de leiding van het personeel, maar beheert ook, onder de inhoudelijke verantwoordelijkheid van de bevoegde minister en in het kader van de volmachten die de Regering hem heeft toegekend, de kernprocessen en ondersteunende processen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De in het eerste lid genoemde kernprocessen omvatten in het bijzonder de volgende bevoegdheden:

- 1° de uitwerking van vakgebonden concepten;
- 2° de algehele strategische oriëntatie van de Dienst;
- 3° de verdere ontwikkeling van de regelgeving;
- 4° de gunning van opdrachten voor leveringen en diensten;
- 5° de organisatie van en het toezicht op de eigen dienstverlening;
- 6° het klachtenbeheer.

De in het eerste lid genoemde ondersteunende processen omvatten, in samenwerking met de bevoegde departementen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of door de oprichting van gemeenschappelijke diensten, in het bijzonder de volgende bevoegdheden:

- 1° de financiële en begrotingsboekhouding;
- 2° de dienstverlening inzake communicatie;
- 3° de dienstverlening inzake personeel;
- 4° de dienstverlening inzake infrastructuur;
- 5° de dienstverlening inzake externe betrekkingen;
- 6° de juridische dienstverlening;
- 7° de dienstverlening inzake statistiek en audit;
- 8° het beheer van de gebouwen en de technische dienst - gebouwen.”

HOOFDSTUK 2. — *DIVERSE WIJZIGINGSBEPALINGEN*

Art. 5. In artikel 79 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, zesde lid, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Gemeenschapsminister”;

2° in § 3, tweede lid, worden de woorden “Na advies van het beheerscomité van de Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de Gemeenschapsminister” vervangen door de woorden “De Gemeenschapsminister kan”;

3° in § 13, eerste lid, worden de woorden “, na advies van het beheerscomité van de Dienst voor arbeidsbemiddeling,” opgeheven.

Art. 6. In artikel 7, eerste lid, van het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, vervangen bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden „, na advies van het beheerscomité van de Dienst voor arbeidsbemiddeling,“ opgeheven.

Art. 7. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 26 november 2016 en 17 september 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 5° worden de woorden „, zoals opgericht bij het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap“ opgeheven;

3° in de bepaling onder 12° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende:

“13° beheerscomité: het beheerscomité dat bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling.”

Art. 8. In artikel 3 van hetzelfde besluit worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door de woorden “Minister na voorafgaand advies van het beheerscomité”.

Art. 9. In de inleidende zin van artikel 6, § 1, van hetzelfde besluit worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door de woorden “Minister na voorafgaand advies van het beheerscomité”.

Art. 10. In artikel 9 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

2° in het derde lid worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door de woorden “Minister na voorafgaand advies van het beheerscomité”.

Art. 11. In artikel 11, 1° van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 september 2020, worden de woorden “door de Dienst voor arbeidsbemiddeling opgesteld” vervangen door de woorden “door de Minister vastgelegd”.

Art. 12. In de inleidende zin van artikel 14, § 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 september 2020, worden de woorden “Op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling stelt de Minister” vervangen door de woorden “De Minister stelt”.

Art. 13. In artikel 15 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 september 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

“Binnen 45 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag beslist de Minister na voorafgaand advies van het beheerscomité of hij een opleidingssteun al dan niet goedkeurt. Het beheerscomité bezorgt zijn advies binnen 35 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling. De Dienst voor arbeidsbemiddeling bezorgt de beslissing aan de onderneming.”

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° het derde lid wordt opgeheven;

4° in het vierde lid, dat het tweede lid wordt, worden de woorden “In het geval vermeld in het derde lid” vervangen door de woorden “Indien de goedkeuring wordt geweigerd,”.

Art. 14. In artikel 16, 1°, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 september 2020, worden de woorden “artikel 15, tweede lid” vervangen door de woorden “artikel 15, eerste lid” en worden de woorden “artikel 15, vierde lid” vervangen door de woorden “artikel 15, tweede lid”.

Art. 15. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus wordt de bepaling onder 8° opgeheven.

Art. 16. In artikel 4, vijfde lid, van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid worden de woorden “op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling” opgeheven.

HOOFDSTUK 3. — SLOTBEPALINGEN

Art. 17. Opgeheven worden:

1° het besluit van de Regering van 29 augustus 2019 tot aanwijzing van de gedelegeerde van de minister van Begroting bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

2° het besluit van de Regering van 7 september 2023 tot aanwijzing van een commissaris van de Regering bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 18. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024.

Art. 19. De minister bevoegd voor Personeel en de minister bevoegd voor Werkgelegenheid zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 21 december 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,
I. WEYKMANS